

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit Illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einsch. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.—Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Lauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig:**  
Lauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

**Inserationspreise:** Die 10erzeile, Kolonelle 35 Pfg., bei Vorkauf 40 Pfg. Stellenangebote 10erzeile, Kolonelle 25 Pfg. Familienanzeigen von Privatpersonen 10erzeile, Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausm.: die 10erzeile, Kolonelle 40 Pfg., bei Vorkauf 50 Pfg., Reklamezeile 2,25 Mk

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Starker Stimmengewinn in Holland

### Große Fortschritte in den Städten

Amsterdam, 4. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Redaktion des Het Volk berichtet uns, daß die Sozialdemokratie in den Großstädten, insbesondere in Amsterdam, einen glänzenden Wahlsieg errungen habe. Dem gegenüber steht der katholische Süden, in dem die Katholiken einen starken Stimmengewinn zu verzeichnen hatten. Die Resultate in den beiden Großstädten stellen sich wie folgt:

#### Amsterdam

Sozialdemokratische Partei	1925: 113 505 Stimmen (37,2 Proz.)
1929: 134 464 Stimmen (39,5 Proz.)	
Katholische Partei	1925: 46 530 Stimmen (15,2 Proz.)
1929: 53 072 Stimmen (15,6 Proz.)	
Kommunisten	1925: 13 997 Stimmen (4,5 Proz.)
1929: 12 796 Stimmen (3,8 Proz.)	

#### Rotterdam

Sozialdemokratische Partei	1925: 83 068 Stimmen (38,0 Proz.)
1929: 94 296 Stimmen (38,4 Proz.)	
Katholische Partei	1925: 34 188 Stimmen (15,6 Proz.)
1929: 39 699 Stimmen (18,2 Proz.)	
Kommunisten	1925: 3 682 Stimmen (1,7 Proz.)
1929: 2 028 Stimmen (0,8 Proz.)	

Im allgemeinen wird damit gerechnet, daß die Sozialdemokratische Partei statt der bisher innegehabten 24 Sitze im neuen Parlament 25, vielleicht 26 Sitze, haben wird. Um 12 Uhr mittags lag das Gesamtresultat auch in Amsterdam noch nicht vor.

### SPD Amsterdam, 4. Juli.

Nach dem vorliegenden Ergebnis der Kammerwahlen aus 13 Verhältniswahlkreisen stellen sich die Resultate wie folgt:

Sozialdemokraten	667 207 gegen 591 504 Stimmen (1925)
Nämlich-Katholische	530 605 gegen 512 245 Stimmen (1925)
Antirevolutionäre	322 068 gegen 316 463 Stimmen (1925)
Christlich-historische	230 401 gegen 247 579 Stimmen (1925)
Freiheitsbund	179 266 gegen 217 564 Stimmen (1925)
Demokraten	159 864 gegen 139 822 Stimmen (1925)
Kommunisten, Nichtg. De Biffer	31 247 geg. 32 236 St. (1925)
Kommunisten, Nichtg. Wijnkoop	27 540 Stimmen.

Nach einer Schätzung der noch ausstehenden Wahlkreise wird die Sozialdemokratie jedenfalls 25 statt 24 von hundert Kammer-sitzen haben. Jede der beiden kommunistischen Richtungen wird durch einen Abgeordneten vertreten sein, während bisher nur ein Kommunist der Kammer angehört. Wenigerwertig ist der Stimmengewinn des Liberalen Freiheitsbundes, der statt 9 wahrscheinlich nur 7 Sitze erhalten wird. Auch die Antirevolutionäre büßten einen Sitz ein und werden in der neuen Kammer wahrscheinlich nur 12 Abgeordnete haben.

## „Schleimsüppchen“ und „Diät“

Der Fraktionskampf in der SPD

V. H. Die SPD hat trotz unbestreitbar guter Regie und trotz aller Methoden des brutalen innerpolitischen Terrorismus es auch nach dem rührreichen „Weddinger Parteitag“ nicht erreicht, daß die Einheitsfront wenigstens in ihren eigenen Reihen formiert werden konnte. Die Auseinandersetzungen und die Selbsterleuchtungsaktionen gehen weiter. Man ist noch immer dabei, sich gegenseitig mit „bolshewistischer Härte“ die Meinung zu sagen. Und dabei spricht es Funken!

In Leipzig vertritt nun die Brandler-Opposition mit dem Vermerk „Nur für Parteimitglieder“ eine Broschüre, die sich mit den Auseinandersetzungen in der SPD und der Frage eines Aktionsprogrammes beschäftigt. In diesem Dokument kommunistischen Fraktionskampfes nimmt man kein Blatt vor den Mund und schimpft über Dinge, die man, so lange sie sich nicht gegen die Brandlerleute, sondern gegen die Kollegen von der ultralinken Fakultät auswirken, freudbestrahlend unterstricht und mitgemacht hat. In der Einleitung zu dieser Broschüre heißt es erläuternd und aufklärend:

„Die vom ZK angewandte Methode des, mit Verlaub gesagt, „ideologischen“ Kampfes beruht auf der Berechnung, daß auch die an sich besten Lüge schließlich Glauben findet, wenn sie nur recht laut und recht oft wiederholt wird.“

Wir müssen gestehen, daß wir selten eine so treffende Kennzeichnung der kommunistischen Kampfmethoden gefunden haben, wie sie gerade hier von Kommunisten selbst geschieht. Dabei wenden sich die Oppositionellen an die Parteimitglieder der SPD, die ja doch die Möglichkeit besitzen, die Richtigkeit dieser Behauptung nachzuprüfen. Nachdem so über die Taktik des Zentral-Komitees der SPD das nötige gesagt wurde, wird die Frage der innerparteilichen Demokratie behandelt. Sie ist besonders interessant, weil es ja gerade die Kommunisten sind, die uns Sozialdemokraten hier immer mit gutgemeinten Ratschlägen und Ermahnungen dienen wollen. Hier heißt es von der Parteileitung der SPD:

„Wer beweisen will, daß Schwarz weiß ist, der darf es nicht wagen, eine wirkliche Diskussion zu führen — er muß Auffassungen der anderen Seite, wenn er sie überhaupt erwähnt, verdrehen und entstellen.“

Die kommunistische Opposition, die selbst immer dafür zu haben war, wenn es galt, mit terroristischen Methoden gegen ihre Fraktionsgegner in der eigenen Partei zu arbeiten, sieht heute — wo sie nicht in der Lage ist, gleiches mit gleichem zu vergelten, — ein, daß diese Art von „Demokratie“, wie sie in „der Komintern“ besteht, etwas durchaus Unsozialistisches und Unproletarisches ist. Man erkennt wehklagend, daß man in der „revolutionären“ Partei bereits zur „Gottähnlichkeit“ der „Instanzen“ gelangt ist und man jammert:

„Es ist klar, daß diese Methode die größte Missetzung der Parteimitgliedschaft bedeutet. Die Mitglieder einer revolutionären Partei sind keine Süßlinge, die vom ZK auf Diät gehalten und mit politischen Schleimsüppchen und sonstigen offiziellen Schlemm ernährt werden müßten.“

Nach dieser Charakterisierung der durchaus unproletarischen und eindeutig reaktionären Auffassung der Parteiführung von den Aufgaben einer proletarischen Partei stellt die Broschüre der Brandler-Opposition eine Forderung auf, die vom kommunistischen Standpunkt aus allerdings so ungenauer, unersproren und unannehmbar ist, daß wir begreifen, warum diese Fraktion in den innerpolitischen Auseinandersetzungen unterlegen ist! Es heißt dort nämlich wörtlich: „Zum Kommunisten gehört außer dem Mitgliedsbuch noch ein Kopf, und zwar ein eigener.“ — Wir verstehen, daß derartige Zumutungen in der SPD auf den schärfsten Widerpruch stoßen müßten! Die ganze Wut der Thälmanner, die ja nach der Begriffsbestimmung der Brandlerianer zweifelsohne kaum als „Kommunisten“ anzusprechen sind, ist hiermit erklärt. Denn Thälmann u. Co. haben bewiesen, daß zum Kommunisten außer dem Mitgliedsbuch nur ein großer Mund gehört, den kann man aber besitzen, ohne ein „eigener Kopf“ zu sein!

In dem Aufklärungswerkchen heißt es noch: „Wir hätten es nicht nötig, diese Broschüre herauszugeben, wenn das ZK die elementarsten Grundsätze der innerparteilichen Demokratie und die statutarischen Rechte der Mitglieder achten würde.“ Nachdem man sich so die Wahrnehmung berechtigter Interessen attestiert hat, geht man zu den eigentlichen politischen Auseinandersetzungen über. Es darf hier zugestanden werden, daß die einzelnen Aufsätze in ihren Meinungsäußerungen verächtlich an gewisse Gedankengänge der „Reformisten“ und der „Zentristen“ erinnert. Man gleicht diese Erkenntnisse durch doppelte Schimpfereien auf die böse Sozialdemokratie und die ebenso bösen freien Gewerkschaften aus und wirft ihnen alles mögliche vor, um sich so ein „Alibi“ zu verschaffen. Es wird demgegenüber — was von Kommunisten immerhin viel ist — zugegeben, daß die „ideologische Schwäche“ der Kommunisten „meistens zu opportunistischen Entgleisungen oder linken Phrasendreschereien führt“. Das neben ist man aber selbst auch fast so etwas wie „opportunistisch“! So wird nach der Feststellung, daß wir „in einer Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus“ leben,

## Die Vorfälle von Sidasnemeti

### Der tschechisch-ungarische Eisenbahnkrieg

U Prag, 3. Juli.

Das tschechische Eisenbahnministerium wurde von Ungarn dahin unterrichtet, daß Ungarn, falls der Eisenbahnverkehr über Sidas-Nemeti nicht unverzüglich aufgenommen werde, seinerseits den Verkehr mit der Tschechoslowakei auf den andern drei Strecken einstellen werde. Der Verkehr mit Ungarn geht auf fünf Strecken vor sich. Die eine führt von Preßburg über die auf slowakischem Boden gelegene Grenzstation Petralka nach Westungarn, die zweite führt über Slowatisch-Neuhäusl über Parfany und Szob nach Budapest, die dritte von Neuhäusl über Komorn nach Budapest. Auf diesen drei Strecken soll nach der ungarischen Drohung der Verkehr eingestellt werden. Besonders die zweite Strecke ist für den internationalen Verkehr von großer Bedeutung, da sie die Verbindung zwischen West- und Mitteleuropa, Berlin und dem Balkan herstellt.

Die vierte Strecke ist die eingestellte Strecke Kaschau—Sidas-Nemeti—Budapest.

Der springende Punkt der Sache sei die Art, wie die Verhaftung des tschechoslowakischen Stationsassistenten Pecha erfolgt sei. Wenn von ungarischer Seite behauptet werde, daß Pecha Spionage getrieben habe und daß er beobachtet worden sei, so hätte die ungarische Regierung die Möglichkeit und nach dem tschechoslowakisch-ungarischen Vertrag die Pflicht gehabt, die Prager Regierung hiervon zu verständigen. Dies sei aber nicht geschehen und die Verhaftung sei als im Widerspruch mit dem Vertrage stehend auf eine unmögliche Weise erfolgt.

### Demarche in Budapest

U Budapest, 3. Juli.

Das tschechoslowakische Pressebureau teilt mit: Der tschechoslowakische Gesandte in Budapest, Paller, hat auf Anordnung der tschechoslowakischen Regierung gestern, am 2. Juli, beim ungarischen Außenminister Walko gegen die Art der Verhaftung des Eisenbahnbeamten Pecha in Sidasnemeti protestiert und Aufklärung verlangt. Minister Walko erklärte, das Vorgehen der ungarischen Behörden richte sich gegen die Spionagetätigkeit Pechas, welchen die ungarischen Behörden längere Zeit beobachtet hätten.

Diese Antwort kam nicht als befriedigend angesehen werden, da die Art und Weise der Verhaftung, auch wenn der Grund für die Verhaftung richtig war, dem zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn abgeschlossenen Eisenbahnabkommen widerspricht.

U Budapest, 3. Juli.

Amlich wird mitgeteilt: der tschechoslowakische Gesandte in Budapest hat gestern beim Minister des Äußeren, Walko, vorgeschlagen und die Angelegenheit der am 28. Juni erfolgten Verhaftung des in Sidasnemeti dienstleitenden Eisenbahnbeamten Vincenz Pecha zur Sprache gebracht. Minister des Äußeren Walko gab dem Gesandten zur Antwort, daß es sich bei der Verhaftung Pechas um keine Repressalie handle, sondern daß Pecha an Spionage auf frischer Tat erlappt worden sei und daß demzufolge seine Verhaftung angeordnet werden müsse. Im übrigen habe Pecha zugegeben, daß er mit Personen in Verbindung stand, die ihm Angaben über militärische Angelegenheiten zukommen ließen.

### Tschechische Vergeltungsmaßnahmen

U Berlin, 4. Juli.

Wie dem Lokalanzeiger aus Kaschau gemeldet wird, sind dort von den Tschechen ein Arrest und ein Pflanz unter dem Verdacht der Spionage zugunsten Ungarns verhaftet worden. Die Verhaftung sollte als eine Vergeltungsmaßnahme gegen die Verhaftung des tschechischen Eisenbahnbeamten in Sidas-Nemeti durch die ungarischen Behörden anzusehen sein.

### Vorbehalte zum Schuldenabkommen

Der Kampf in den Kommissionen

SPD Paris, 3. Juli.

Die Ratifikation der interalliierten Schuldenabkommen ist, nachdem ihr am Dienstag die Finanzkommission für auswärtige Angelegenheiten im Prinzip zugestimmt haben, wieder um einen Schritt gesicherter, aber um so heftiger ist der Kampf um ihre Form und um die dem Ermächtigungsgesetz einzufließenden Vorbehalte. Beide Kommissionen haben sich gegen die Ratifikation durch Dekret erklärt. Poincaré würde diese Form der Ratifikation immer noch vorziehen, da bei der Dekret-Ratifikation die Vorbehalte in einer Art zum Ausdruck gebracht werden könnten, die in Amerika keinen Anstoß erregen würde.

Der Streit um die Vorbehalte nimmt tatsächlich immer verbreiterte Formen an. Auch der in der Kammer eingebrachte Antrag des Berichterstatters der auswärtigen Kommission, laut welchem in einem Zusatz zum Gesetz bestimmt werden soll, daß die französische Regierung die Zahlungen der interalliierten Schulden nur aus den deutschen Reparationsleistungen bestreiten könne, erscheint vielen nicht als ideale Lösung. Man hegt die Befürchtung, daß die amerikanische Regierung auch hiergegen Einwendungen erheben würde. Ministerpräsident Poincaré wird so fraglos noch viele Mühe haben, ehe die Ratifikation glücklich vollzogen ist.

### Keine Dreiteilung

U Berlin, 3. Juli.

Gegenüber der irreführenden Pariser Meldung eines Berliner Blattes am Mittwochfrüh, wird von zuständiger Berliner Stelle nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung auf der bevorstehenden diplomatischen Konferenz alle Fragen in einem Zuge gelöst sehen möchte, die als Ergebnis des Krieges noch übrig geblieben sind. Eine Dreiteilung der Konferenz, wie sie vor allen Dingen in Paris vorgeschlagen werde, komme unter keinen Umständen in Frage. Was den Zeitpunkt der Konferenz angeht, so glaubt man hier, daß die Konferenz Anfang August beginnen kann. Aber auch hier machen sich ebenso wie in der Frage des Konferenzortes immer noch Schwierigkeiten geltend, die in der Hauptsache von Paris ausgehen.

A-Lesehalle 837